

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/2 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

# Briefetal-Bote

Angelien werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Angestellten-Expeditoren angenommen. Die Geschäftsstellen-Preise betragen 1 Pfennig, die Restmenge 1/2 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briesa, Lehniß, Stolpe



für ehem. Hofsjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

**Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.**

Wagelgehalt für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 127.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Sonnabend, den 13. September 1924

Postfach-Konto Berlin 62448.

23. Jahrg.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1923 liegt vom 11. d. Mts. ab 2 Wochen lang zur Einsicht der Gemeinde-Mitglieder öffentlich aus.

Borgsdorf, den 12. September 1924.

Der Gemeindevorsteher. Rodewald.

### Hohen Neuendorf.

#### Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

##### Steuerzahlung.

Die Hauszins- und Grundvermögenssteuer, sowie der Feuerwehrtbeitrag für September sind bis zum Montag, den 15. September, an die Gemeinde- und Steuerkasse zu zahlen.

### Was gibt es Neues.

Der deutsche Votschaftsrat Nieth hat am Montag d. 9. Sept. vorgeschlagen, um im Auftrag der Reichsregierung dagegen zu protestieren, daß die Amnestie für die Kriegsgefangenen noch nicht durchgeführt sei.

Die zweite Reparationsrate im Betrage von 20 Millionen Goldmark wurde am Donnerstag an den Agenten für Reparationszahlungen abgeliefert.

Mit der Freilassung der Gefangenen ist begonnen worden.

Nach dem „Tempo“ hat sich der belgische Gesandte in Berlin, de Halle, der Demarche des französischen Votschafters gegen die Verifizierung der deutschen Note in der Kriegsschuldfrage angeschlossen.

Der dritten französischen Division ist der Abzugsbefehl aus Dortmund zugegangen.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, beginnen Ende dieser Woche in Berlin die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen.

### Neue Kriegserichtsurteile.

#### Trotz London.

Der „Abbau“ der Ruhrbesetzung hindert die französischen und belgischen Kriegserichte nicht, in ihrer Tätigkeit fortzufahren. So wurde der Metzgermeister Blüem, Mainz, wegen Körperverletzung vom französischen Kriegsericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Blüem war gelegentlich des Ausfluges des Gefangenenvereins „Mainzer Lieberkrantz“ einem Automobil, das von hinten an den Ausflügler vorbeifahren wollte, und in dem sich ein Mitglied der Besatzung mit Familie befand, nicht ausgewichen. Das Automobil, das langsam fuhr, streifte den Metzgermeister, worauf Blüem auf den Chauffeur und die Insassen loskugelte.

Wie ferner aus Necklinghausen gemeldet wird, fällt das Kriegsericht der 7. Infanterie-Division in seiner Sitzung vom vergangenen Freitag folgende, erst jetzt bekannt werdende Urteile: Die Tagelöhnerin Auguste Reuste aus Mülheim erhielt wegen einfachen Diebstahls 14 Monate Gefängnis, der Tagelöhner W. Albers aus Mülheim wegen des gleichen Vergehens 4 Monate Gefängnis, desgleichen der Regimentskassier E. Zepher aus Mülheim acht Monate Gefängnis. Wegen Waffenbesitzes wurde in einem anderen Falle ein Monat Gefängnis erteilt. Außerdem wurden noch mehrere schwere Jugendhaus- und Gefängnisstrafen wegen Diebstahlsvergehens von Regimentsstellen verhängt.

#### Belgische Kriegserichtsurteile.

Das belgische Kriegsericht beschäftigte sich mit einem Waffenfund in Buer. Ein Arbeiter hatte dort in seinem Hause drei Gewehre, eine Pistole, ein Bajonett, einen Zielrichter für Maschinengewehre und Munition für Schusswaffen aufbewahrt, die seinem Sohn und seinem Schwager gehörten. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis und 100 Goldmark Geldstrafe beantragt. Das Gericht befahl es bei einer Gefängnisstrafe von 8 Tagen und 100 Goldmark Geldstrafe. Ein Schlosser aus Buer stand unter der Anklage, fallsche französische Tabakbarometer hergestellt zu haben. Der Beschuldigte gab die Fälschung zu, erklärte aber, aus Not gehandelt zu haben. Das Gericht ging aber den Antrag der Staatsanwaltschaft, der auf drei Monate Gefängnis lautete, hinaus und erkannte auf 6 Monate Gefängnis und 78 Franken Geldstrafe. Wegen Waffenbesitzes hatte sich noch ein Bergmann aus Samborn italienischer Staatsangehörigkeit zu verantworten. Er besaß eine Pistole und Munition, die er in seinem Garten gefunden haben wollte. Das Urteil lautete auf acht Tage Gefängnis und 100 Goldmark Geldstrafe.

### Genfer Lokrufe.

#### Deutschland soll in den Völkerverbund.

Die Mittwoch-Sitzung der Abrüstungskommission des Völkerverbundes gestaltete sich durch eine neue Erklärung des englischen und des französischen Vertreters über Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund höchst bedeutsam.

Als erster sprach der Vertreter Serbiens. Die Anschauung seiner Regierung hätte eine Umänderung durch die letzte Debatte erfahren, insbesondere durch die amerikanische Definition des Angreifers. Die Sonderverträge, die von amerikanischer Seite abgelehnt werden, sind nach Ansicht des Redners durchaus notwendig.

#### Lord Barmoor fordert Deutschlands Eintritt.

Lord Barmoor, der zweite Redner erklärte: Die Lösung, die wir suchen, ist bereits im Pakt und im internationalen Schiedsgerichtshof enthalten.

Die Abrüstungsfrage muß allgemein gelöst werden. Sie kann nicht gelöst werden, solange Deutschland nicht im Völkerverbund vertreten ist. Dies ist eine ebenso wichtige Frage für Deutschland, wie für alle anderen Länder. Großbritannien würde jeden Vorschlag unterstützen, der Deutschlands Mitgliedschaft betrifft und zu bestimmten Zeitpunkten hierüber machen. Ob Deutschland noch in dieser Session aufgenommen werden könne, weiß Lord Barmoor nicht.

Der japanische Vertreter erklärte, man müsse sich an den Pakt halten. Sein wesentlicher Inhalt dürfe nicht durch den Garantievertrag abgeändert werden.

#### Auch Frankreich für Deutschlands Mitarbeit.

Paul Boncour, Frankreich bestrebt darauf, das Schiedsgericht könne nicht von der Sicherheitsfrage getrennt werden. Die Mehrheit der Mächte hätte sich für den Garantievertrag erklärt. Es wäre sicherlich möglich, die Bedenken der übrigen aus der Welt zu schaffen. Frankreich habe den Gedanken des Gerichtshofes verworfen.

Die Gesamtheit aller Regierungen müsse zusammenstehen und auch Deutschland muß daran mitarbeiten. Der Angreifer muß wissen, daß er die ganze Welt gegen sich hat. Der Redner erklärte, daß er sich der Konsequenz seiner Worte wohl bewußt sei. Er wäre sich mit Lord Barmoor darin einig, daß die Sicherheit nur dann gewährleistet sei, wenn auch Deutschland an den Beratungen teilnimmt, um einen gemeinsamen Weg zu wählen, den alle Nationen betreten können.

Nach kurzen Ausführungen des Norwegers Lange wurde die Kommissionsitzung vertagt.

#### Eine Klarstellung Lord Barmoors.

Lord Barmoor empfing am Mittwochabend die Pressevertreter und gab u. a. eine ergänzende Erklärung zu dem britischen Standpunkt über den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund. Er erklärte:

Falls Deutschland aufgenommen werden wolle, müsse es einen Antrag stellen, der von der Kommission dahin geprüft werden müsse, ob alle Vorbedingungen, die der Pakt vorschreibt, erfüllt seien. Wenn dieses der Fall sei, so würde der Antrag der Vollversammlung vorgelegt, die darüber zu bestimmen habe. Weiter sagt Lord Barmoor, daß die Frist für Deutschlands Eintritt während dieser Sitzungsperiode noch nicht abgelaufen sei.

#### Eine offiziöse deutsche Antwort.

Dr. Strefmanns Organ, „Die Zeit“, beschäftigt sich in einem ansehnlichen offiziellen Artikel mit dem offenen Brief Lübes an den Außenminister, in dem der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund gefordert wurde. In dem Artikel wird ausgeführt, daß in Genf nach MacDonalds „reingendem Wort“ in der Kriegsschuldfrage Herriot gesprochen habe. Wörtlich heißt es dann:

„Herriot hat Wert darauf gelegt, in Genf das Diktat von Versailles von neuem als einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit zu preisen. Schreibt man ein solches Wort über die Zeit, durch die Deutschland in den Völkerverbund einzutreten soll, so ist das keine Worte der Einlösung, sondern eher der Abfertigung. Denn Deutschland kann nicht zugemutet werden, durch seinen Eintritt in den Völkerverbund den Gewaltvertrag von Versailles zu bekräftigen.“

Noch eine andere Schranke hat Herriot gezogen. Er hat betont, daß von den vorgeschriebenen Formen des Aufnahmeverfahrens nicht abgewichen werden dürfe. Deutschland ist es sich selbst schuldig, einen Platz als gleichberechtigte Großmacht im Völkerverbund in Anspruch zu nehmen, d. h. eine ständige Vertretung im Völkerverbund zu erwarten. Es kann sich dem ungewissen Schicksal eines Aufnahmeantrages um so weniger aussetzen, als Herriot Deutschlands Aufnahme in den Völkerverbund mit den sogenannten Reparationsleistungen in Verbindung gebracht und damit Voraussetzungen aufgestellt hat, die man uns bei entsprechendem Willen jederzeit als Steine in den Weg legen kann.“

### Der Abbau der Ruhrbesetzung.

#### Freilassung politischer Gefangener.

Auf Grund einer Verfügung des Kommandierenden Generals der Rheinarmee sind die ersten politischen Gefangenen entlassen worden. Die übrigen Gefangenen sehen in den nächsten Tagen ihrer Entlassung entgegen. Diese erfolgt von Fall zu Fall nach Prüfung der Akten. Nach Angabe des Befehlshabers sind drei politische Gefangene und sechs wegen strafbarer Handlungen Verurteilte entlassen worden. (Bei den letzteren konnte nicht festgestellt werden, ob es sich tatsächlich um eine Begnadigung handelt oder aber die Strafe verbißt war.) Die Entlassung der übrigen politischen Gefangenen wird in höchstens drei bis vier Tagen erwartet. Auch in Essen sind drei politische Gefangene in Freiheit gesetzt worden. Es hat den Anschein, daß die Freilassung in kleineren Trupps und nicht auf einmal erfolgt.

Die Zollmauer gefallen. Wie aus Hamm berichtet wird, ist die Aufhebung folgender Formalitäten an der östlichen Zollgrenze ohne besondere Formalitäten erfolgt: Wlbered, Vorhalle, Herbede, Hattingen, Witten-West, Linen-Kanal, Linen-Süd, Linen-Nord, Sörde-Bahnhof, Oberberg, Dortmundersfeld. Die französischen Beamten werden noch einige Tage bis zur Abwicklung der schwebenden Angelegenheiten in den Bureaus der aufgehobenen Zollämter verbleiben. Die französischen Hauptzollämter bleiben voraussichtlich bis zum 14. Oktober bestehen. Die sogenannten inneren Zollämter Dortmund-Stadt, Dortmund-Nord, Dortmund-Hauptbahnhof, Dortmund-Ost, Dortmund-Südbahnhof, Witten-Nord, Wodum-Stadt, Wodum-Nord, Wanne, Herne, Necklinghausen-Stadt und Necklinghausen-Bahnhof sind bestehen gelassen und erheben Zölle nach französischen Sätzen bis zum 20. September.

#### Die Wiederbelebung des Verkehrs.

Eine Wiederbelebung des durch die Einrichtung der Zolllinie stark gelähmten geschäftlichen Lebens in Dortmund kann erst dann erwartet werden, wenn die Verkehrsverhältnisse der neuen Lage wieder angepaßt sind. Die Eisenbahnverwaltung geht in den nächsten Tagen schon dazu über, zwanzig Zugpaare, die während der Besetzung nur auf umständlichen Wegen Dortmund erreichten, wieder fallen zu lassen, um Dortmund wieder in direkte Verbindung mit dem unbesetzten Vorlande zu bringen. Es kommen hauptsächlich die Strecken Schwerte-Sörde, Hadeney-Dortmund-Süd, Soest-Unna in Frage. Die Wegie wird zu diesen Umänderungen ihre Einwilligung geben.

### Keine Brotpreiserhöhung.

#### Ein Rundschreiben des Reichs Ernährungsministers.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat den Regierungen der deutschen Länder ein Rundschreiben zugehen lassen, in dem er die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Behandlung der Brotpreiserfrage betont. Der preussische Minister des Innern hat dieses Rundschreiben den mittleren Preisprüfungsstellen mit dem Ersuchen zugeföhrt, das Erforderliche zu veranlassen. Es wird in dem Rundschreiben festgelegt, daß eine Erhöhung des Brotpreises auf Grund des Steigens der Getreide- und Mehlpreise seit Mitte Juli dieses Jahres nicht berechtigt wäre. Nach der Umstellung der Preisbildung auf die Goldgrundlage enthielt der Brotpreis erhebliche Mißzufolge für eine etwaige Geldentwertung. Erst seit etwa Februar dieses Jahres kann man von einem einigermaßen ausgeglichener Brotpreis sprechen. Die Preisverhältnisse auf dem Getreide- und Mehlmarkt zwischen damals und jetzt weisen nur geringe Unterschiede auf.

Es muß gefordert werden, daß auch bei einem zeitweise Anziehen der Getreidepreise der Brotpreis gehalten wird. Nach Dafürhalten des Reichs Ernährungsministers darf auch ein höherer Roggenpreis je Tonne als der bisherige den jetzigen Preis für das Brot nicht alsbald ändern. Ein Vergleich der Preisverhältnisse zwischen 100 Kilogramm Roggen und 100 Kilogramm Roggenbrot in der Friedenszeit (1912-13) und dem 1. August 1924 zeigt deutlich, daß den Bäckern hiermit nicht wirtschaftliche Lasten zugemutet werden, die sie nicht tragen könnten. Zum Schluß werden die Landesregierungen ersucht, allen etwa vorgezogenen hervorgetretenen Absichten der Bäcker auf Erhöhung des Brotpreises mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

### Deutsches Reich.

— Berlin, den 12. September 1924.

Die „Kleine Verwaltungsreform“ gescheitert. Die sogenannte „Kleine Verwaltungsreform“, die die preussische Regierung ausgearbeitet hatte, kann als gescheitert angesehen werden. Bei der Abstimmung des Landtagsausschusses über den entscheidenden Paragraphen 17 der Regierungsvorlage, der die Aufhebung der Regierungspräsidien an den Eichen der Oberpräsidenten vor-